

Zwischen Selbstbestimmung und Bevölkerungsaustausch – die katholische Position

Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament möchten wir ein wichtiges Thema aufbereiten. Es unterfliegt meist das Aufmerksamkeitsradar von Katholiken. Es wird ideologisch verdrängt oder mit Rechtsextremismus-Vorwürfen niedergeschlagen.

Viel zu wenig in der österreichischen Öffentlichkeit werden die nationale Selbstbestimmung und das Überleben Österreichs als Volk und Staat diskutiert.

Ein wichtiges Entscheidungskriterium für die Wahlen ist daher die Haltung der Parteien zur Auflösung der Staaten und ihrer Völker. Damit verbunden ist klarerweise die Frage der schrankenlosen Zuwanderung („Flüchtlinge“ oder auch „Geflüchtete“, „Migranten“ – ein irreführendes Wort übrigens, denn sie „migrieren“ ja nicht weiter).

Der *Katechismus der Katholischen Kirche* (KKK), nunmehr schon etwa dreißig Jahre alt, hat dazu etwas Wichtiges zu sagen. Leider hört man das weder von Kirchenführern noch von christlichen Politikern. Der KKK steht hier ganz auf Seiten der souveränen Staaten, des gesunden Menschenverstandes und des Naturrechtes.

Im KKK heißt es nämlich zum Thema Einwanderung, und das sollten sich unsere Politiker hinter die Ohren schreiben:

„2241 Die wohlhabenderen Nationen sind verpflichtet, so weit es ihnen irgend möglich ist, Ausländer aufzunehmen, die auf der Suche nach Sicherheit und Lebensmöglichkeiten sind, die sie in ihrem Herkunftsland nicht finden können. Die öffentlichen Autoritäten sollen für die Achtung des Naturrechts sorgen, das den Gast unter den Schutz derer stellt, die ihn aufnehmen. **Die politischen Autoritäten dürfen im Hinblick auf das Gemeinwohl, für das sie verantwortlich sind, die Ausübung des Einwanderungsrechtes verschiedenen gesetzlichen Bedingungen unterstellen und verlangen, daß die Einwanderer ihren Verpflichtungen gegenüber dem Gastland nachkommen. Der Einwanderer ist verpflichtet, das materielle und geistige Erbe seines Gastlandes dankbar zu achten, dessen Gesetzen zu gehorchen und die Lasten mitzutragen**“ (Hervorhebung WS).

Wenn wir uns an das Jahr 1993 zurückerinnern: Das Volksbegehren „Österreich zuerst“ <https://www.fbi-politikschule.at/blausoesterreich/plebiszite/1993-oesterreich-zuerst/> der FPÖ aus dem jenem Jahr erscheint als eine mögliche und legitime Konkretisierung dieses Katechismus-Paragrafen. Es waren durchaus vernünftige Forderungen.

Wie hat man das Volksbegehren damals auch seitens der Kirche verteufelt! Wir erinnern uns auch an das lächerliche „Lichtermeer“, an dem sogar der emeritierte Wiener Erzbischof Kardinal Franz König teilnahm.

Nun, in der Zwischenzeit hat sich Österreich bis zur Unkenntlichkeit verändert.

Da besonders seit der fatalen Grenzöffnung von Angela Merkel im Spätsommer 2015 Hunderttausende Leute – manchmal liest man von ein bis zwei Millionen – unkontrolliert nach Deutschland und Österreich gekommen sind (was ja nicht aufgehört hat), sehen wir die Folgen dieses Kontrollverlustes ganz deutlich: Veränderung der Gesellschaftsstruktur, Verlust des Zusammenhaltes, Verlust der Manieren, Kriminalitätsexplosion, Vergewaltigungen, Morde, Etablierung krimineller

Strukturen (Banden, Clans), Islamisierung, Verslumung, Verlust der legitimen Sicherheitsrechte der deutschen und österreichischen Staatsbürger, mit anderen Worten, eine völlige Revolutionierung der Gesellschaft. Die Visegrád-Staaten (H, SK, CZ, PL) machen nicht mit, zumindest nicht im selben Ausmaß. –

Der KKK stellt klar, daß das „Gastland“ den Zuzug regulieren kann, also nicht eine internationale Organisation, eine NGO oder die EU. Das „Gastland“ hat auch das Recht, Loyalität und Gesetzestreue von Einwanderern einzumahnen. Leider passiert das nicht.

Der Wahnsinn regiert – aber er wird nicht exorziert

Es ist ein Wahnsinn, sein Land preiszugeben. Das geht klarerweise zulasten der angestammten Bevölkerung und ihrer Rechte. In Deutschland und Frankreich sind ganze Stadtviertel nicht regierbar, eine Fahrt mit Nahverkehrszug oder Bus kann im Tod durch Messerstiche oder Axthiebe enden. Die Politiker haben die verdammte Pflicht, diejenigen Menschen, die sie gewählt haben und die sie mit ihrem Steuergeld bezahlen, auch zu beschützen. Wenn jemand nach Österreich kommt und hier Straftaten begeht, hat er sein Aufenthaltsrecht verwirkt. Es ist ganz klar, daß die staatlichen Autoritäten eine „Remigration“ derer, die als Einwanderer oder „Geflüchtete“ kriminell werden, durchführen muß. Aber der Wahnsinn regiert.

Erinnern Sie sich noch an die Abriegelung von Bezirken während der „Corona-Pandemie“? Staatsbürger wurden mit absurden und verwerflichen Maßnahmen traktiert, während Invasoren aller Art ohne medizinische oder polizeiliche Kontrolle über die Grenze spazierten. Das ist eine Verhöhnung der Staatsbürger und müßte juristisch aufgearbeitet werden.

In die Kirche ist der Flüchtlingswahn <https://katholisches.info/2015/09/04/die-kirche-und-der-fluechtlings-irrsinn/> schon längst eingedrungen.

Blick in die Nachbarländer: gesunder Menschenverstand und christliches Erbe

Die ehemals kommunistischen Länder scheinen am ehesten Vernunft walten zu lassen, etwa die schon genannten Visegrád-Staaten. Der ungarische Regierungschef Viktor Orbán vertritt (als Calvinist) das christliche Erbe seines Landes und dessen Schutz mehr als so mancher formell katholische Staatsmann in Westeuropa. Die ungarische Regierung hat überdies eine eigene Hilfsstelle für verfolgte Christen eingerichtet und unterstützt orientalische Christen in ihrem feindlichen Umfeld.

Sodann muß man den slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico nennen. Dieser stammt aus der Kommunistischen Partei und scheint kein praktizierender Katholik zu sein. Er hat jedoch klar Nein zur Invasion von 2015 und zu „Migrantenquoten“ der EU gesagt und verteidigt geschichtsbewußt das Erbe der hll. Slawenapostel Kyrill und Method, denen er in der südslowakischen Staat Komorn (Komárno, ung. Komárom) Statuen errichten ließ. Unsere katholischen slowakischen Freunde finden ihn unter den derzeitigen Politikern am besten.

Und noch eine interessante Information: In Prag konstituierte sich das *Patrimonium Sancti Adalberti* <https://www.psazs.cz/en/>. Diese Initiative strebt nach einem starken Mitteleuropa und einer Zurückdrängung der aberwitzigen Bürokratie der EU. Ihr Patron ist der heilige Bischof und Märtyrer Adalbert (956 – 997), tschechisch Vojtěch, polnisch Wojciech, ungarisch Béla. In dieser Initiative sind katholische Intellektuelle und Aktivisten, ehemalige Minister und Beamte. Kardinal Dominik Duka aus

dem *Predigerorden*, emeritierter Erzbischof von Prag und somit Nachfolger des hl. Adalbert, unterstützt die Initiative. Die Idee ist eine Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Nationen unter Beibehaltung ihrer nationalen Identitäten. Das ist eigentlich eine gute Idee.

Resümee

Ein gesunder Patriotismus gehört zum Katholischsein. Er ist eine Erweiterung des Vierten Gebotes. Abzulehnen ist jeder übertriebene Nationalismus und Chauvinismus, egal von wem. Die Kirche lehrt in KKK 2241 die Souveränität der Staaten über ihr Territorium. Von daher ist es klar, daß Bevölkerungsaustausch und Islamisierung sich natürlich nicht auf den christlichen Glauben berufen können.

Gewährung von Asyl ist mit Augenmaß anzuwenden.

Österreich muß sich übrigens im Blick auf die Ungarnkrise 1956, auf den Prager Frühling 1968 und den Krieg in Ex-Jugoslawien 1991 bis 1995 keinerlei Vorwürfe gefallen lassen, nicht genug für Flüchtlinge getan zu haben.

Was aber wollen Menschen, die – mit Hilfe von Soros-finanzierten NGOs – über mehrere sichere Drittstaaten ausgerechnet nach Österreich kommen? Schutz? Rundumversorgung? Die Umsetzung islamischer Vorschriften? Übrigens: Familiennachzug ist eine problematische Einrichtung. Wenn diese „Flüchtlinge“ so schlimm verfolgt werden, warum kommen dann nicht gleich alle? Warum diese Unaufrichtigkeit mit Ankerkindern oder anderen Ankerpersonen?

Völlig zurückzuweisen ist der Unsinn mit „Klimaflüchtlingen“. Die ganze Klimahysterie beruht auf nicht eingestandenen Zielsetzungen, unter ihnen Enteignung, Umverteilung und weiterer Bevölkerungsaustausch.

Und zuletzt: Niemandem ist gedient, wenn die Zustände in Österreich sich denen angleichen, vor denen die „Flüchtlinge“ geflohen sind.

Es ist daher bei den bevorstehenden Wahlen zu berücksichtigen, welche wahlwerbende Partei am ehesten die Vorgaben von Paragraph 2241 des Weltkatechismus umzusetzen bereit ist.

Aber alle diese Vorgänge sind fraglos Zeichen des kollektiven Glaubensabfalls. Ist der Glaube weg, regiert der Wahnsinn. Daher kann nur eine Rückkehr zum Glauben letztlich Abhilfe schaffen.

Wolfram Schrems, 14.05.2024

